

## Presseinformation

8. November 2022

### **LR Danninger fordert von Bundesregierung Ende der Zettelwirtschaft im Tourismus**

#### **„Mehr Geschwindigkeit in der Umsetzung beim digitalen Gästebblatt“**

Im Zuge der heutigen Tagung der Landestourismusreferentinnen und -referenten im oberösterreichischen St. Wolfgang pochte Landesrat Jochen Danninger auf die Einführung eines flächendeckenden elektronischen Gästebblattes und damit einhergehend einem „Ende der Zettelwirtschaft im Tourismus“.

Derzeit sind viele unterschiedliche und aufwendige Systeme im Einsatz und zudem sind unterschiedliche Gesetze betroffen. Ein einheitlicher, praktikabler Meldevorgang sowie ein moderner, praktikabler Rechts- und Abwicklungsrahmen würde Betrieben und Gemeinden bürokratischen Aufwand ersparen. Landesrat Danninger: „Die Mühlen mahlen bei einem komplexen Thema wie diesem langsam, aber im Zeitalter der Digitalisierung müssen wir unseren Gästen und Gastgebern diesen bürokratischen Aufwand ersparen. Der Bund ist aufgerufen, nun rasch die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Es gilt eine flächendeckend einheitliche, digitale Lösung zu ermöglichen und damit Doppel- und Dreifacherhebungen zu beenden“.

Auf Initiative von Niederösterreich wurde das Thema bereits im Rahmen der Tagung der Landestourismusreferenten 2020 erstmals diskutiert. Nach einer Machbarkeitsstudie wird jetzt der Bund von den Ländern aufgefordert, die rechtliche und organisatorische Fragen zu klären und diese auch zeitnah umzusetzen. „Für unsere Betriebe geht es um den ersten Kontakt mit einem Gast vor Ort und da kann es nicht sein, dass wir mittlerweile den e-Führerschein bei Verkehrskontrollen nutzen und gleichzeitig unseren Gästen immer noch an der Rezeption ein Gästebblatt zur händischen Registrierung vorlegen müssen. Es liegt hier in der Kompetenz und Verantwortung des Bundes das digitale Gästebblatt jetzt mit mehr Tempo umzusetzen“, erklärt Danninger.

Weitere dominierende Themen der Tagung waren die aktuellen Herausforderungen des Tourismus. Neben den stark gestiegenen Energiekosten kämpft die Branche mit einem Arbeits- und Fachkräftemangel. Der von der Bundesregierung beschlossene Energiekostenzuschuss ist eine wichtige Entlastung für die Tourismusbetriebe, jedoch fordern die Bundesländer bei der

## Presseinformation

detaillierten Ausgestaltung dieser Fördermaßnahme sowie bei weiteren Unterstützungsmaßnahmen, die Besonderheiten der Tourismusunternehmen zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollen Initiativen zur Unterstützung von leistbarem Mitarbeiter-Wohnraum in den Destinationen seitens des Bundes auf den Weg gebracht werden.

Nähere Informationen: Büro LR Jochen Danninger, Mag. Andreas Csar, Telefon 02742/9005-12253, E-Mail [andreas.csar@noel.gv.at](mailto:andreas.csar@noel.gv.at).